
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider (IWI)

Die internationale Konjunktorentwicklung

Die günstige Wirtschaftsentwicklung der letzten Monate hat in Europa zuletzt zu einer mitunter geradezu euphorischen Einschätzung der Wirtschaftslage geführt. Dabei wird aber vielfach übersehen, dass das globale Wirtschaftswachstum weiterhin auf historisch bescheidenem Niveau liegt und gleichzeitig die strukturellen Risiken beachtlich sind.

Die Weltwirtschaft hat gegenüber den Jahren 2015 und 2016 an Fahrt gewonnen und dürfte im laufenden Jahr um rund 3,5 % (gemessen zu Kaufkraftparitäten) wachsen, im Jahr 2018 könnte das Wachstum noch einmal geringfügig höher ausfallen. Der Internationale Währungsfonds (IMF) hat seine entsprechenden Prognosen zuletzt bestätigt. Teilweise zeigen die Erwartungen renommierter Prognoseinstitute ein noch geringfügig optimistischeres Bild: So hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) Anfang September die entsprechenden Zuwachsraten mit 3,7 % (2017) bzw. 3,8 % (2018) eingeschätzt.

Abflachung der Wachstumsraten in Entwicklungsländern

Mit Wachstumsraten von nicht einmal vier Prozent liegt die Weltwirtschaft im langfristigen Vergleich auf einem weiterhin unterdurchschnittlichen Wachstumspfad. Eine weitere, substantielle Wachstumsstärkung wird aber in den Prognosen generell nicht gesehen: Das Potenzialwachstum in den hochentwickelten Industrieländern liegt unter den entsprechenden Werten vor der Wirtschaftskrise 2008, wobei insbesondere angesichts der demografischen Entwicklung eine Rückkehr zu früheren Niveaus unwahrscheinlich ist; in den Schwellenländern vollzieht sich mit steigenden Ausgangsniveaus die erwartete Abflachung der Zuwachsraten; und aus dem Kreis der Entwicklungsländer gelingt es seit Jahren keiner größeren Volkswirtschaft auf einen nachhaltig kräftigen Wachstumspfad einzuschwenken, womit Länder mit herausragend hohen Wachstumsraten in der Statistik weitgehend fehlen.

Selten Gegenstand von Konjunkturprognosen ist der Kreis der am wenigsten entwickelten Länder („Least Developed Countries“, LDCs). Zu dieser Ländergruppe zählen gegenwärtig 48 Volkswirtschaften, in denen rund 12 % der Weltbevölkerung leben. Um angesichts hoher Wachstumsraten der Bevölkerung einen spürbaren ökonomischen und sozialen Fortschritt zu erzielen, wäre bei diesen Ländern ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von rund sieben Prozent notwendig. Tatsächlich liegen die Wachstumsraten bei rund fünf Prozent, bei den afrikanischen

Ländern dieser Gruppe (immerhin 34 der 48 LDCs) noch erheblich niedriger – nämlich nahe der Wachstumsrate der Bevölkerung. Vor diesem ökonomischen Hintergrund ist der anhaltende Migrationsdruck nicht überraschend.

Ost-, Süd- und Südostasien am dynamischsten

Die dynamischste Region der Weltwirtschaft ist unverändert Ost-, Süd- und Südostasien. Die Wachstumssorgen rund um China haben sich verflüchtigt, die von der OECD erhobenen „vorlaufenden“ Konjunkturindikatoren für China zeigen deutlich nach oben. Nicht überraschend zeigt der Trendverlauf der chinesischen Wachstumsraten eine rückläufige Tendenz, wobei man in diesem Zusammenhang den statistischen Basiseffekt nicht aus den Augen verlieren darf: Die für heuer prognostizierte Wachstumsrate von 6,7 % entspricht im (realen) absoluten Zuwachs der Wirtschaftsleistung fast exakt dem bisherigen höchsten Wachstumswert für China im laufenden Jahrhundert (14,2 % im Jahr 2007), da er von einem mehr als doppelt so hohen Basiswert ausgeht. Abgesehen von China zeigt vor allem Indien in den letzten Jahren eine robuste Wachstumsentwicklung, wobei für Indien zwar gegenwärtig die Wachstumsrate sogar höher als für China eingeschätzt wird, die vorlaufenden Konjunkturindikatoren aber schwächer ausfallen. Mit Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent sind auch die ASEAN-5-Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) wirtschaftliche Treiber der globalen Konjunktur.

Positives aber schwaches Wachstum in Lateinamerika

Dank der Rückkehr Brasiliens auf einen (schwach) positiven Wachstumskurs zeigt das Gesamtwachstum in Lateinamerika wieder in eine positive Richtung, bleibt aber relativ gering. Auch für die nähere Zukunft ist aufgrund zahlreicher struktureller Probleme und erheblicher Governance-Defizite vieler staatlicher Verwaltungen in Lateinamerika mit keiner wesentlichen Wachstumsbeschleunigung zu rechnen. Eine Vielzahl an Problemen, nicht zuletzt der weiterhin relativ niedrige Ölpreis, macht auch den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu schaffen und drückt deren Wachstumsrate.

Welthandelsvolumen steigt

Die ersten Monate des Jahres 2017 haben eine Beschleunigung des Welthandels gebracht, der Internationale Währungsfonds hat daher seine Prognose bezüglich der Entwicklung des Welthandelsvolumens nach oben revidiert: Mit einer Zunahme um 4,0 % (2017) und 3,9 % (2018) werden die Wachstumswerte der vergangenen Jahre erheblich übertroffen und wieder der „Normalzustand“ erreicht, dass die Ausweitung des Welthandels stärker als jene der Weltwirtschaft ausfällt. Politische Unsicherheiten,

neoprotektionistische Tendenzen und veränderte wirtschaftspolitische Strategien in China dämpfen aber weiterhin die Entwicklung des Welthandels. Eine wesentliche Quelle der Verstärkung des Handelsvolumens gegenüber den Vorjahren ist die gesteigerte Nachfrage nach transnational gehandelten Investitionsgütern. Diese Nachfrage ist eine zentrale Ursache für die gute Konjunktorentwicklung in Deutschland und Österreich, die eine starke Weltmarktposition in den entsprechenden Produktbereichen aufweisen. Mit gewisser Vorsicht kann aus der Nachfrage auch gefolgert werden, dass in den Unternehmen weltweit die Zuversicht auf eine anhaltend freundliche Konjunkturlage besteht, da sonst wohl nicht in (tendenziell langlebige) Investitionsgüter investiert werden würde.

Weltkonjunktur verläuft wenig synchron

Die Frage der Einschätzung des gegenwärtigen Konjunkturzyklus – laut den Prognosen der Ökonomen eher in einer reifen Phase, laut den Unternehmenseinschätzungen offenbar eher in einer Frühphase – bleibt außerordentlich schwierig. Grund dafür ist die diffuse Konjunktorentwicklung seit der Wirtschaftskrise 2008: Ökonomen neigen dazu, die Jahre seither als Wachstumszyklus zu sehen, der im bisherigen Verlauf durch die Beseitigung von Krisenfolgen (beispielsweise der Eurokrise) atypisch verzögert und gedämpft verlaufen ist. Aus Unternehmenssicht wurde ein breites Tal der schwachen Nachfrage durchschritten, aus dem nun der Anstieg auf einen ebenso langen Konjunkturberg erfolgen sollte. Aus gegenwärtiger Sicht sind wohl beide Einschätzungen zutreffend, da die Weltkonjunktur – erfreulicher Weise! – wenig synchron verläuft: So dürften sich die USA in der Spätphase eines Konjunkturzyklus befinden, wogegen wichtige Emerging Economies, wie Brasilien oder Russland, eher die Frühphase eines beginnenden Konjunkturzyklus erleben. Insgesamt hat sich das diffuse Konjunkturbild der letzten Jahre etwas akzentuiert, die hoch problematische Politik des dauerhaft billigen Geldes trägt aber zu einem weiterhin extrem schwierig zu deutenden Konjunkturbild bei.

Zur Geldpolitik eine Anmerkung: Das Versagen vieler Staaten, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, hat dazu geführt, dass niedrige Zinsen – zur Aufrechterhaltung der Finanzierbarkeit der öffentlichen Defizite – mittlerweile das wichtigste gemeinsame Ziel praktisch aller Volkswirtschaften (bzw. deren politischer Repräsentanten) ist. Daher wird sich am grundlegend niedrigen Zinsniveau auf lange Zeit nichts ändern. Der Zins hat aber eine wichtige Funktion in der Verbesserung von ökonomischen Strukturen, indem er die Finanzierung falscher, veralteter oder übermäßiger Unternehmenskapazitäten verhindert; diese Funktion geht bei den derzeit geringen Zinssätzen weitgehend verloren, was mittel- und längerfristig zu einer Strukturkrise führen könnte. So wie in den

1970er und 1980er Jahren in Österreich der Verzicht des Eigentümers Staat auf eine Rendite auf das Eigenkapital und später auch eine Subvention und Haftungsübernahme für Fremdkapital zu massiven Strukturproblemen im Bereich der sogenannten „Verstaatlichten Industrie“ geführt hat, könnten sich künftig großflächige Strukturprobleme überall dort ergeben, wo nicht durch eine klare Führung seitens der Eigentümer auf höchste Effizienz in der Mittelverwendung geachtet wird.

Industrieländer wachsen um rund zwei Prozent

Die prognostizierten Wachstumsraten für die Industrieländer insgesamt liegen heuer und im kommenden Jahr bei rund zwei Prozent, die Abweichungen innerhalb der Triade Euroraum-USA-Japan sind relativ gering. In den letzten Wochen und Monaten wurden die Prognosen für die USA gesenkt, da die neue US-Regierung hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Umsetzung stimulierender Steuersenkungen und wachstumsstärkender Infrastrukturinvestitionen skeptischer gesehen wird. Interessanter Weise scheinen die Investoren in den USA anderer Meinung zu sein, wie die Kursentwicklung an den Börsen zeigt; möglicher Weise erinnern sich die Investoren daran, dass in der Vergangenheit eine politische Situation der gegenseitigen Blockade zwischen Parlament und Präsidenten für die Wirtschaftsentwicklung oftmals günstig war – was im Übrigen eine verheerende Aussage über die Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftspolitik darstellt. Während also für die USA die Prognosen leicht zurück genommen werden, hat in der ersten Septemberwoche die Europäische Zentralbank (EZB) für den Euroraum eine auf 2,2 % angehobene Wachstumsprognose veröffentlicht. Somit könnte heuer der Euroraum wachstumsmäßig gegenüber den USA die sprichwörtliche Nase vorne haben. Die EZB hat in derselben Prognose auch die Prognosewerte für die Folgejahre vorgelegt, die mit 1,8 % (2018) bzw. 1,7 % (2019) nicht eben berauschend ausfallen.

Inhomogenes Europa

Die Wachstumsentwicklung in Europa bleibt uneinheitlich, wobei im Wesentlichen drei Gruppen von Ländern eine gute Entwicklung aufweisen: Exportorientierte Länder mit einem hohen Industrieanteil (wie Deutschland und Österreich) aufgrund der internationalen Nachfrage; Länder mit erfolgreichen Restrukturierungsbemühungen (wie Spanien oder Irland) sowie die Emerging Markets in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, die von der Kombination einer robusten Nachfrage und atypisch niedriger Zinssätze profitieren. Andere Länder sind in einer schwierigen Wirtschaftslage, beispielsweise Italien (das weiterhin auf globalen Märkten wenig konkurrenzfähig ist) und Großbritannien (aufgrund der unsicheren, potenziell teuren Folgen des „Brexit“).

Umfragen zum Wirtschaftsklima zeigen in der weit überwiegenden Zahl der europäischen Länder ein hohes Maß an Optimismus. Der Business und Consumer Survey (BCS) der Europäischen Kommission signalisiert seit dem vierten Quartal 2016 eine deutliche Verbesserung der Daten, nach einer langen Seitwärtsbewegung. Der Gesamtindikator liegt mittlerweile nahe den Werten des Jahres 2007. Bemerkenswert an den Umfragen ist der Umstand, dass der Optimismus insbesondere durch die Einschätzung der Industrie getragen wird, wogegen etwa der Servicebereich weit vorsichtiger in der Beurteilung ist. Die gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften hat aber auch die Konsumenten optimistischer gestimmt, was sich bereits in den aggregierten Daten der Konsumnachfrage in europäischen Ländern zeigt. Bei aller Vorsicht könnte man daraus auf ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum schließen, das – sofern nicht externe Schocks auftreten – im kommenden Jahr zu einem Übertreffen der vorsichtigen Wachstumsprognose für die europäische Wirtschaft verhelfen könnte.